

ANKLAGE GEGEN DEN FINANZSENATOR SARRAZIN ZEIGT: VOM MENTALITÄTSWECHSEL DES SENATS IST NICHTS GEBLIEBEN!

Rede von Volker Ratzmann am 23. September 2004

Anrede,

Thilo Sarrazin hat sich viele Verdienste erworben. Er hat Unangenehmes gesagt, er hat auch Unangemessenes gesagt und er hat bis dato Unausgesprochenes endlich ausgesprochen. Das war gut für die Stadt und das hat ihm nicht nur Freunde eingebracht, insbesondere in den eigenen Reihen. Es ist offensichtlich, dass die SPD ihre Solidaritätsbekundungen nur mit zusammengebissenen Zähnen in den Raum zischt. Sie wären ihn doch lieber heute als morgen los, diesen finanzpolitischen Rambo, der nur schwer in wahlarithmetischen Kurven denkt. Der gerne sagen würde, wie es nach 2006 weitergeht, was noch an Unliebsamen auf uns zukommt. Und ausgerechnet die PDS, die soviel über Gerechtigkeit schwadroniert hat, schmeißt sich selbstlos vor ihn. Eine Posse, wäre es nicht so tragisch.

Anrede,

die Staatsanwaltschaft beim Landgericht Berlin hat - nach heftiger, zum Teil öffentlich geführter Diskussion und gegen den Druck aus der Senatsverwaltung für Justiz – Anklage gegen Dr. Thilo Sarrazin erhoben, Anklage gegen einen der höchsten Repräsentanten des Landes Berlin, Anklage gegen den Mann, der mit seinen Entscheidungen wie kaum ein anderer die Zukunftsfähigkeit der Stadt bestimmt, der für uns mit 15 Bundesländern und dem Bund verhandeln soll, damit sie uns Milliarden Euro an Solidaritätszahlungen anvertrauen. Allein die Anklageerhebungen führt in der Bundesrepublik und in Berlin, mit wenigen Ausnahmen, wie selbstverständlich dazu, dass das Amt zur Verfügung gestellt wird, weil Schaden von ihm abgewendet werden soll, weil die Integrität des Amtsinhabers, durch einen staatlich legitimierten Akt in Frage gestellt wird.

Es ist allein aus diesem Grund mehr als legitim die Frage zu stellen, wie es weitergehen soll. Wollen Sie, Herr Sarrazin, es Herrn Schill gleichtun, der als bisher einziger Minister ein Ermittlungs- und sogar das Hauptverfahren ignoriert hat? Ist das die Kategorie? Wollen Sie warten, bis das Verfahren eröffnet ist, oder warten Sie gar die Rechtskraft des Urteils ab? Wir wollen wissen, wann für Sie der Zeitpunkt gekommen ist, an dem Sie die Konsequenzen ziehen. Und wir wollen von diesem Senat wissen, wie die Konsolidierung der Stadt weitergehen soll. Sie nehmen den Vorwurf einfach so hin, wir nicht!

Und es ist nicht in erster Linie wegen der Anklageerhebung legitim und richtig ihren Rücktritt zu fordern. Gegen Sie wird - und das ist doch das Entscheidende für uns, weil wir den Vorgang politisch bewerten müssen und weil natürlich nicht die Staatsanwaltschaft die Handlungsfähigkeit von Politik bestimmen kann und darf – der Vorwurf der Untreue erhoben, weil Sie als oberster Haushälter, als Hüter der knappen Staatsfinanzen versucht haben zu tricksen, weil Sie versucht haben, ohne Ermächtigung durch den Haushalt, ohne Zustimmung des Senats und gezielt am Parlament vorbei, Gelder an ein Prestigeprojekt eines Parteifreundes zu schieben. Das ist offenbar geworden. Das ist der politische Vorwurf und deshalb sind Sie nicht mehr tragbar. Deshalb ist Ihre Integrität in Frage gestellt, die Sie brauchen, um das durchzusetzen, was notwendig ist. Deshalb sind Sie politisch angeschlagen und müssen gehen.

Es ist politisch richtig, die Frage eines Rücktritts aufzuwerfen, weil der Sozialabbau den Sie betreiben immer auch die Frage nach Gerechtigkeit, nach gleicher Behandlung aufwirft. Sie, Herr Sarrazin, haben der Stadt viel zugemutet, Sie haben auch viel verlangt: von den Eltern ihren Beitrag zu den Betreuungskosten, von den Bedürftigen den Verzicht auf staatliche Unterstützung, von den Beschäftigten im öffentlichen Dienst den Verzicht auf Einkommen.

Schluss mit Anspruchsdenken und Versorgungsmentalität– das alles haben Sie bzw. der Regierende Mentalitätswechsel genannt. Aber das soll nicht für Sie gelten. Sie haben dieses Prinzip nicht angewandt in den oberen Einkommensregionen, dort wo es für Sie unangenehm würde, nicht bei den Leib-und-Magen-Projekten Ihres Senatskollegen. Sie haben nicht aufgeräumt mit den liebgewordenen Bediententalitäten in den Chefetagen, Sie haben nicht aufgeräumt mit dem old-boys-network, das Berlin im Griff hat, das Berlin bestimmt, ohne Wahl und parlamentarische Kontrolle.

Im Gegenteil: Sie haben mitgespielt. Sie haben – so laut unbeanstandeter Spiegelmeldung – bei Frau Krajewski zunächst nachgesucht, BVG-Chef werden zu dürfen. Sie haben sich alsbald in den erlauchten Kreis der SPD-Spendenparties begeben und gespendet und sind Senator geworden. Sie haben zugelassen, dass immer wieder dieselbe Beraterfirma die lukrativen, millionenschweren Aufträge erhält, ohne dass es auf den Nachweis höherer Qualität ankommt, weil da alte Verbindungen zur SPD bestehen, weil das System, das früher für CDU und SPD funktioniert hat, jetzt nur noch von der SPD bedient wird. Sie haben das Berliner-System gespielt – und Sie sind erwischt worden. Und jetzt reklamieren Sie allen ernstes für sich den politischen Gnadenbeweis, das Augen zu, die Absolution. Herr Sarrazin, das geht nicht! Das geht gerade in Berlin nicht.

Anrede,

wir haben politisch nüchtern zu beurteilen, ob wir uns in dieser Stadt einen Finanzsenator leisten können, der mit diesem Vorwurf der Untreue belegt ist. Diese politische Frage müssen sich hier alle von uns beantworten, die Regierungsfractionen genauso wie die Opposition. Wir haben Sie für uns beantwortet: Herr Sarrazin ist als Finanzsenator nicht mehr tragbar. Und bei der Beantwortung der Frage kommt es nicht darauf an, aus welchen Motiven heraus Herr Sarrazin gehandelt hat, ob er Schaden abwenden wollte. Und es kommt auch nicht darauf an, dass er zeitlich als letzter in der Kette derer steht, die auch mitgespielt haben.

Er hat sich nicht selbst bereichert, das ist richtig. Er auch hat den Deal nicht eingefädelt, das ist auch richtig. Aber er hat einen Beitrag zur Abwicklung des Deals geleistet, auf den es ankommt, ohne den das Ganze nicht funktioniert hätte. Darauf kommt es an.

Es ist richtig: Die Staatsanwaltschaft betritt juristisches Neuland, nicht weil das Problem unbekannt oder noch nicht erforscht wäre. Sie betritt Neuland, weil sich bisher niemand an einen solchen Fall gewagt hat. Die höchstrichterliche Klärung wäre wünschenswert. Dafür muss Sarrazin nicht im Amt bleiben. Und er ist auch nicht dadurch entschuldigt, dass die Ausübung des Amtes eines Finanzsenators so eine Art „gefahrneigter Arbeit“ darstellt, bei der man immer mit einem Bein im Knast stehen. Jeder Mensch, der öffentliches Geld ausgibt, weiß, dass der Haushalt nun mal die Ermächtigung zur Ausgabe ist. Das weiß ganz besonders Thilo Sarrazin. Er weiß um das Haushaltsrecht und dessen Beschränkungen. Und er wollte daran vorbei. Er wollte seinem Amigo Strieder einen Gefallen getan. Das ist das Verwerfliche. Das ist rausgekommen. Und dafür hat er die Verantwortung zutragen.